

Unterrichtsplanung
zu
„STAATSBÜRGER/HAUSHALTE UND STEUERN“

Kurs: Fachdidaktik (Kompetenzorientiert unterrichten und prüfen
im Themenbereich Österreich – AHS-Oberstufe)

Abgehalten im Wintersemester 2012

Leitung: Mag. A. Koller, Dr. Chr. Sitte

Von: Heidrun Oswald

Unterrichtssequenz zu „Staatsbürger bzw. Haushalte und Steuern“

Lehrplanbezug

Im Lehrplan der AHS-Oberstufe (BMUKK 2006) ist für die 7. Klasse im Themenblock „**Unternehmen und Berufsorientierung**“ der Unterpunkt *„Einnahmen- u. Ausgabenrechnung bei Unternehmen und privaten Haushalten in ihren Grundprinzipien verstehen“* notiert. Besonders relevant dabei wird die Position der privaten Haushalte sein, da sie der Lebenswelt der SchülerInnen am ehesten entspricht. (Mehrwertsteuer, Grundsteuer, Mineralölsteuer, Normverbrauchsabgabe bei Autokauf, etc.)

In der Oberstufe kann man als LehrerIn davon ausgehen, dass bereits der Großteil der SchülerInnen durch Ferialjobs und ähnliches bereits Erfahrungen mit dem Begriff „Steuern“ und „Abgaben“ gemacht hat. Außerdem ist es wichtig, dass man lernt mit Geld umzugehen und sein „Auskommen mit dem Einkommen“ zu bestreiten, ohne Schulden zu machen.

Die Kompetenzen, die bei dieser Thematik angesprochen werden, ist jene der **Orientierung** – das heißt, es soll bei den SchülerInnen die Fähigkeit gefördert werden, sich aufmerksamer und sicherer im privaten, beruflichen und öffentlichen Leben zu bewegen. Somit können auch weitere Werkzeuge für das Treffen von wirtschaftlichen und beruflichen Entscheidungen erworben und erweitert werden.

Weiters soll mit dieser Unterrichtssequenz die Gesellschaftskompetenz im Hinblick auf die Unterschiede zwischen Unternehmern und Privatpersonen (besonders im Bereich Steuern) gestärkt werden.

Lernziele (+ Anforderungsbereiche)

- S/S sollen den Sinn von Steuern aus der Sicht eines Staatsbürgers bzw. eines privaten Haushaltes erkennen und in eigenen Worten erklären können
(AFB I-II)
- S/S sollen die Unterschiede zwischen einem Unternehmen und einer Privatperson in Hinblick auf steuerliche Abgaben in Österreich erläutern können
(AFB II)
- S/S sollen aus der Sicht eines berufstätigen Erwachsenen ein Haushaltsbudget unter Berücksichtigung der steuerlichen Belastung erstellen können.
(AFB III)

Beim geplanten Unterricht sollen folgende Kompetenzen angesprochen werden:

Methodenkompetenz

Dabei geht es darum, dass SchülerInnen die Fähigkeit trainieren, sich relevante Informationen zum Thema aus dem Internet herauszufiltern. Offizielle Seiten, wie jene des Bundesministeriums für Finanzen, spielen im Hinblick auf den Unterricht eine wesentliche Rolle. Eine wichtige Übung für die Stärkung der Methodenkompetenz ist auch das Analysieren von Karikaturen.

Orientierungskompetenz

Dabei kommt es darauf an, dass SchülerInnen das erlernte Wissen und die gesammelten Informationen auf ihre Lebenswelt anwenden, besonders hervorzuheben ist dabei die „Arbeitnehmerveranlagung“, die es ArbeiterInnen und Angestellten möglich macht, gewisse Dinge „von der Steuer abzusetzen“, das heißt vom Finanzamt zurückerstattet zu bekommen.

Gesellschaftskompetenz

Diese Kompetenz soll vor allem durch einen Perspektivenwechsel, den die SchülerInnen bei der Aufgabenstellung „Steuerlast von Jungen zu Alten verschieben“ vollziehen, geübt werden. Hier kommt es darauf an, dass sich die SchülerInnen sowohl

in die Situation eines Pensionisten, als auch in die eines im Berufsleben stehenden Menschen hineinversetzen können.

Lernumgebung:

Der Unterricht findet in einer 7. Klasse AHS mit 26 SchülerInnen statt. Voraussetzungen für den Stationenbetrieb sind mindestens ein PC/Laptop pro Sitzbank, sodass in Zweiergruppen gearbeitet werden kann. Weiters ist für den Einstieg mit der Karikatur auch ein Beamer bzw. Overhead notwendig.

Dauer der geplanten Unterrichtssequenz:

Eine Doppelstunde

Kompetenzorientierter Aufbau der Unterrichtssequenz

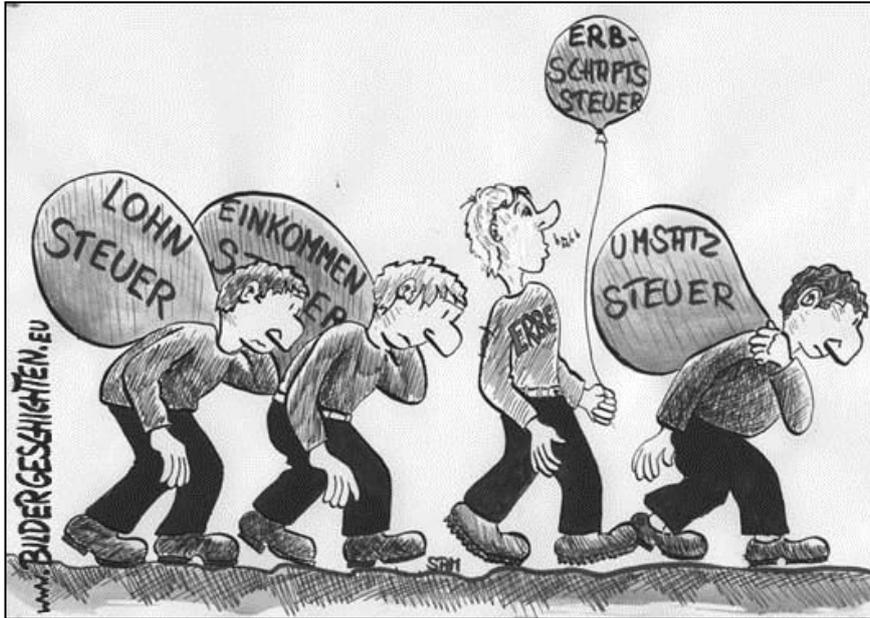
1.) Einstieg:

Gemeinsames Brainstorming (an der Tafel bzw. wenn PC vorhanden mit Power Point) zur Frage „Das Steuerland Österreich“

Dieses Brainstorming soll dazu dienen, die SchülerInnen für dieses Thema zu sensibilisieren und eine erste Unterscheidung zwischen Steuern, die Privatpersonen an den Staat abführen müssen und jene die für Unternehmen anfallen.

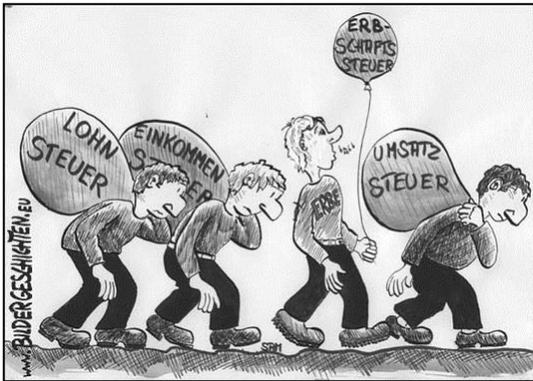
Unterstützt wird das ganze mit einer Karikatur, bei der wichtige Steuern, wie die Lohnsteuer oder Einkommenssteuer und die Umsatzsteuer, thematisiert werden. Die dargestellten Personen sinken unter der schweren Last von diesen Steuern förmlich zusammen, während eine Person, ein Erbe einen leichten Luftballon mit dem Titel „Erbchaftssteuer“ trägt.

Die Steuern



O.A. (o.J.): Die Steuern- Karikatur, auf: <http://www.bildergeschichten.eu/steuern-karikatur.htm> (2013-01-16)

Um diese Karikatur besser verstehen zu können, bekommen die SchülerInnen folgenden Auftrag (interaktives Arbeitsblatt, das per Mail an Lehrperson nach der Bearbeitungsphase abgegeben wird):



O.A. (o.J.): Die Steuern - Karikatur, auf:
<http://www.bildergeschichten.eu/steuern-karikatur.htm> (2013-01-16)

Recherchiert zu zweit auf der Internetseite des Bundesministeriums für Finanzen (www.bmf.gv.at) genauere Informationen zur „Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer“:
 Öffnet die Rubrik: Steuern – Fachinformation – Weitere Steuern – Erbschafts- und Schenkungssteuer und ruft die aktuellste Veröffentlichung zu diesem Thema auf.

1.) Stellt die gesetzliche Regelung aus dem Jahr 1955 und die aktuell gültige Regelung gegenüber und erklärt die Unterschiede mit eigenen Worten.

1.1. Welche Daten (Datumsgrenzen) sind für das Anfallen einer Schenkungssteuer relevant, welche für die Erbschaftssteuer:

Nach dem 31. 07.2008 fallen keine Steuerpflichten an, genauso ist es auch der Fall für die Erbschaftssteuer

1.2. Schildert/Skizziert einen Fall, in dem es zu keiner Erbschaftssteuer bzw. Schenkungssteuer kommt.

Wenn Vermögen erworben wird, das jemand anderem zusteht, kann ein Antrag auf Aussetzen der Steuer gestellt werden, bis das Nutzungsrecht erlischt. Beispiel dafür: Ich habe 2007 das Haus meiner Großmutter geerbt, dieses Haus bewohnt jedoch zu diesem Zeitpunkt noch mein Onkel. Ich habe das Recht das Aussetzen zu beantragen, solange der Onkel noch im Haus wohnt. Wenn er auszieht oder ebenfalls verstirbt, und das in der zweiten Hälfte des Jahres 2008, fallen für mich auch keine Kosten an.

2.) Gibt es Möglichkeiten, dass sich ein Erbberechtigter seine Steuerausgaben wieder vom Staat „zurückholt“? Kurze Erläuterung

Nicht mehr möglich, da Frist versäumt.

Zusätzliche Information unter:

BMF (2008): Molterer: Schenkungsmeldegesetz geht in Begutachtung – Ende der Erbschafts- und Schenkungssteuer, auf: <https://www.bmf.gv.at/presse/pressearchiv2008/7576.htm?q=erbschaftssteuer> (2013-01-16)

2.) Erarbeitungsphase:

Die Erarbeitungsphase, in der die zuvor formulierten Lernziele erreicht werden sollen. Ist in einem Stationenbetrieb aufgebaut. Dabei wird es 2 Pflichtstationen geben und drei weitere Wahlstationen, von denen zwei ausgewählt werden müssen. Je nach Zeit und Arbeitstempo können die SchülerInnen dabei selbständig in Zweierteams arbeiten.

Pflichtstationen:

- Lohnsteuerausgleich
- Zeitungsartikel zu: „Mittelstand zahlt mehr als die Hälfte der Steuern“

Wahlstationen:

- Reichensteuer in Österreich (?)
- Was passiert mit meinen Steuern?
- Interview: „Steuerlast von Jungen zu Alten verschieben“ ,(derstandard.at)

1. Pflichtstation:

„Lohnsteuerausgleich“

Annahme:

Sie haben in den vergangenen Ferien zwei Monate in einer Fabrik gearbeitet und rund 1.900 Euro Brutto (Lohnzettel) verdient. Der Anfahrtsweg zu dieser Arbeitsstätte betrug 15 Kilometer. Weiters nehmen wir an, dass zu Studienzwecken mehrere Bücher (Preis 150 Euro) gekauft worden sind.

Lohnzettel und Beitragsgrundlagennachweis für den Zeitraum vom **01.01.2004** bis **31.12.2004**

Bezugs/pensionsauszahlende Stelle

Finanzamts-Nr. **08** Steuer-Nr. **0451602**

Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin:

Familienname **Maier**

Vorname **Johann** Titel

Adresse **Hietzingerstraße 34**

PLZ **1130** Ort **Wien**

Soziale Stellung **3** Vers.-Nr. **6016060566**

weiblich männlich Vollzeitbeschäftigung Teilzeitbeschäftigung

(AVAB) wurde berücksichtigt (J/N) **J** (AEAB) wurde berücksichtigt (J/N) **N**

Wenn Kinderzuschläge berücksichtigt wurden (ab Zeitraum 2004): Anzahl der Kinder gemäß § 106 Abs. 1 EStG 1988 **2**

Wenn AVAB: Vers.-Nr. des (Ehe)Partners **0000171075**

Bruttobezug gemäß § 25 (ohne § 26 und ohne Familienbeihilfe)	210	8.622,10
Steuerfreie Bezüge gemäß § 68	215	29,07
Bezüge gemäß § 67 Abs. 1 und 2 (innerhalb des Jahreschotels), vor Abzug der Sozialversicherungsbeiträge (SV-Beiträge)	220	2.000,00
Insgesamt einbehaltene SV-Beiträge, Kammerumlage, Wohnaufzinerung		1.903,67
Abzüglich einbehaltene SV-Beiträge:		
für Bezüge gemäß Kennzahl 220	225	339,00
für Bezüge gemäß § 67 Abs. 3 bis 8, soweit steuerfrei bzw. mit festem Steuersatz versteuert	226	0,00
Landarbeiterfreibetrag gemäß § 104	240	0,00
Übrige Abzüge:		
Auslandstätigkeit gemäß § 3 Abs. 1 Z 10 u. 11		0,00
Pendler-Pauschale gemäß § 16 Abs. 1 Z 6		0,00
Einbehaltene freiwillige Beiträge gemäß § 16 Abs. 1 Z 3b		0,00
Steuerfreie bzw. mit festen Sätzen versteuerte Bezüge gemäß § 67 Abs. 3 bis 8, vor Abzug der SV-Beiträge		0,00
Sonstige steuerfreie Bezüge		0,00
Insgesamt einbehaltene Lohnsteuer		984,50
Abzüglich Lohnsteuer mit festen Sätzen gemäß § 67 Abs. 3 bis 8		0,00
Nach dem Tarif versteuerte sonstige Bezüge (§ 67 Abs. 2, 6.10)		0,00
Berücksichtigter Freibetrag laut Mitteilnahme gemäß § 63		0,00
Summe übrige Bezüge		0,00
Steuerpflichtige Bezüge		5.028,36
Anrechenbare Lohnsteuer		984,50

Lohnzettel, auf: Winline: <http://www.saldo.at/index.php?id=57> (abgerufen 2013-01-16)

- 1.) Stelle einen Antrag auf Steuerrückerstattung „**Erklärung zur ArbeitnehmerInnenveranlagung**“ unter den Bedingungen, wie sie in der „Annahme“ geschildert sind. (www.bmf.gv.at)

- 2.) Erkläre mit eigenen Worten den Unterschied zwischen Einkommenssteuer und Lohnsteuer: (https://www.bmf.gv.at/Steuern/TippsfrdieArbeitneh_7636/Allgemeines_zurLohnu_7921/Allgemeines.htm, 2013-01-16)

Einkommenssteuer: Steuern, die vom Einkommen von natürlicher Personen, errechnet wird. (asu Land- und Forstwirtschaft, selbständiger Arber, Gewerbebetrieben, nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, Vermietung/Verpachtung, sonstige)

Lohnsteuer: wird vorweg vom Einkommen abgezogen, wird dem Arbeitnehmer vom Bruttogehalt abgezogen.

3.1. Treffen diese Aussagen zu?

Aussage	Ja	Nein
Herr Maier bekommt 280,- € Pflegegeld und bezahlt dafür Einkommenssteuer		x
Frau Huber besitzt eine Wohnung in Salzburg und vermietet sie seit zwei Jahren an StudentInnen. Für diese Einkünfte muss sie Steuern bezahlen	x	
Bauer Eder bewirtschaftet seine Felder, verkauft die Getreideernte und muss für den Ertrag Einkommenssteuer an das Finanzamt abführen	x	
Maria Müller ist selbständige Nageldesignerin und verdient 10.000 € im Jahr, dieses Einkommen ist steuerpflichtig.		x

- 3.) Informieren Sie sich unter www.sozialversicherung.at und www.finanzamt.at über die Staffelung der Sozialversicherung:

Annahme 1: Sie haben einen Ferialjob in einer Eisdiele und verdienen 376,20 Euro im Monat.

Annahme 2: Sie haben einen Ferialjob in einer Fabrik und arbeiten einen Monat lang im Schichtbetrieb. Ihr Lohn beträgt brutto 1.856,00 Euro.

Stellen Sie nun die beiden Ferialjobs bezüglich Lohnsteuer/Einkommenssteuer und Sozialversicherungsabgaben gegenüber. Sind Sie bei diesen Jobs zu einer ArbeitnehmerInnenveranlagung berechtigt? Begründen Sie Ihre Entscheidung:

Eisdiele	Fabrik
<i>Einkommen fällt unter die Geringfügigkeit, ich habe keine Abzüge, kann jedoch auch nicht am Jahresende eine Arbeitnehmerveranlagung ausfüllen.</i>	<i>Von meinem Lohn wird mir sofort der Sozialversicherungsbeitrag abgezogen, und auch die Lohnsteuer. Ausbezahlt bekomme ich den Nettolohn. Ich habe jedoch einen Versicherungsmonat für meine Pension gesammelt und kann am Ende des Jahres eine Veranlagung machen, bei der ich einen Teil der abgezogenen Steuern rückerstattet bekomme.</i>

2. Pflichtstation:

Mittelstand zahlt mehr als die Hälfte der Steuern

Österreichs "Mittelstand", der bei der Steuerreform 2010 im Mittelpunkt des Interesses steht, zahlt mehr als die Hälfte der Lohnsteuer von 18,9 Mrd. Euro. Knapp drei Prozent tragen, laut Finanzministerium, wegen ihres hohen Einkommens gut ein Viertel des Steueraufkommens. 2,55 Mio. Menschen zahlen wegen ihres niedrigen Einkommens keine Steuern.

"Wir werden es spätestens 2013 schon immer gewusst haben."

Bei der Steuerreform 2010 steht der sogenannte "Mittelstand" im Mittelpunkt. Wo dieser beginnt und wo er endet ist Ansichtssache. Geht man nach den bisherigen Aussagen der Koalition, beginnt der untere Mittelstand bei 20.000 Euro, der obere endet bei 56.000 Euro jährlich. In diesem Bereich liegt mehr als ein Drittel der Steuerzahler, die mindestens 9,7 Mrd. Euro an Lohnsteuer bezahlen. Das sind 51,4 Prozent der Gesamteinnahmen.

Bei dieser Gruppe liegen die Pläne von SPÖ und ÖVP am weitesten auseinander: Während die SPÖ Einkommen bis 4.000 Euro monatlich entlasten will, möchte die ÖVP das Steuersystem zusätzlich noch per "Familiensplitting" nach französischem Vorbild umbauen. Dort zahlt man ab drei Kindern praktisch keine Steuer mehr, allerdings ist die Entlastung mit einem Höchstbetrag gedeckelt, um Besserverdiener nicht überproportional zu entlasten.

Fast eine halbe Million Österreicher verdienen mehr als 50.000 Euro jährlich. Obwohl sie mit 8,5 Mrd. Euro rund 45 Prozent der Lohnsteuer bezahlen, gehören rein steuerlich nicht alle davon zu den tatsächlichen Spitzenverdienern. Denn der Höchststeuersatz greift erst ab einem Bruttoeinkommen von etwa 70.000 Euro pro Jahr. Absolute Spitzenverdiener sind jene 7.000 Steuerzahler mit mehr als 200.000 Euro Jahresbrutto.

Die ÖVP fordert die Absenkung des Spitzensteuersatzes auf unter 50 Prozent. Als Kompromissvariante hat die SPÖ die auch von der ÖVP geforderte Anhebung der Einkommensgrenze für den Höchststeuersatz akzeptiert.

Rund 2,55 Mio. Österreicher verdienen weniger als 15.000 Euro brutto. Problematisch dabei ist, dass bis 10.000 Euro zuerst gar keine Steuern bezahlt werden, dann aber sofort ein hoher Steuersatz von 38,3 Prozent fällig wird.

APA Meldung von 20.01.2008, auf: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/356554/Mittelstand-zahlt-mehr-als-die-Haelfte-der-Steuern> (2013-01-16)

Abgabenlast der Arbeitereinkommen:



Abgerufen auf: <http://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/Steuerlast-auf-Arbeit-in-Oesterreich-weit-ueber-dem-OECD-Durchschnitt:art15.620126.B> , Artikel von 12.05.2011 (abgerufen: 2013-01-16)

1.) Lesen Sie sich den Artikel durch und beantworten Sie folgende Fragen:

1.1. Welche Definition von „Mittelstand“ wird in diesem Artikel verwendet?

Der „Mittelstand“, sind Menschen, die zwischen 20.000 und 56.000 Euro im Jahr verdienen.

1.2. Notieren Sie die Argumente der verschiedenen Parteien für die Festlegung der Grenze zwischen Spitzenverdiener und „Durchschnittsverdiener“ – Nehmen Sie dazu Stellung und begründen Sie Ihre Meinung

Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung verdient weniger als 20.000 Euro. Fast eine halbe Million verdient mehr als 50.000 Euro im Jahr, werden jedoch nicht zu den Spitzenverdienern gezählt. Sie bezahlen 45% Steuern. So kann man sagen, dass auch weniger „Betuchte“ Schichten sehr hohe Steuerabgaben leisten, die „Mittelschicht“ wird möglichst breit definiert, sodass für den Staat möglichst viele Steuereinnahmen erwirtschaftet werden.

2.) Interpretieren Sie die Graphik und versetzen Sie sich in die Situation einer alleinverdienenden Mutter mit einem Kind in Österreich und überlegen Sie, welche Konsequenzen und Auswirkungen diese Steuerabgaben für das tägliche Leben haben könnten

Im Vergleich zum OECD-Durchschnitt haben Alleinverdiener in Ö. enorme Abgaben zu leisten. Wohl bekommt die Mutter Kindergeld für ihr Kind, man muss jedoch auch bedenken, dass die Kinderbetreuung – notwendig, weil Berufstätig!!, auch Geld kostet. Autos (Versicherung, NOWA, Steuer für Treibstoff, etc.) → eventuell Pendlerpauschale rückerstattet (auch nur ab einem gewissen Kilometer-Umkreis),...

- 3.) Recherchieren Sie im Internet über die steuerlichen Belastungen für Menschen in einem anderen EU-Land Ihrer Wahl und vergleichen Sie dies mit der Situation in Österreich.

S/S sollen erkennen, dass die Steuersätze in jedem EU-Land unterschiedlich klassifiziert sind.

Aktuelles Beispiel: Frankreich erhöhte gerade den Spitzensteuersatz auf 75 % (laut www.welt.de) ist jedoch vom Verfassungsgerichtshof gestoppt worden!) – in Österreich liegt der Spitzensteuersatz bei 50 %) → Frankreich und Österreich im Spitzenfeld der Länder weltweit.

Österreich: richtet sich nach dem jährlichen Einkommen (nach Abzug der Freibeträge), dh. bis €11.000 → 0%, €11.000-25.000 → 36,5 %, €25.000-60.000 → 43, 214 %, über €60.000 → 50 %

Frankreich: bis €5.852 → 0%, mittlerer Steuersatz 12,99%(5,5 % zzgl. Sozialsteuer), ab € 69.505 45,8% (40,0% zzgl. Sozialsteuer

- 4.) Spielen Sie verschiedene Szenarien mit dem Gehaltsrechner auf <http://www.finanz-blog.at/04/10/lohnsteuertabelle-2012-osterreich/3089.html> durch:
(Arbeiter/Angestellter, Gehalt/Lohn, sonstige Be-/Abzüge, Kinderfreibeträge, etc.)

Gültig für 2013

Gehalt:*

Zeitraum:*

Einkommensart:*

Beitragsgruppe:*

Sachbezug:

Lohnsteuerfrei:

Kinder:

AVAB/AEAB

Pendlerpauschale:

Bundesland:

BV-Beitrag:

 Berechnen

Arbeitnehmer:

	Monatlich	13. Bezug	14. Bezug	Jährlich
Brutto	2.200,00	2.200,00	2.200,00	30.800,00
SV	397,54	375,54	375,54	5.521,56
LSt	288,72	72,27	109,47	3.646,38
Netto	1.513,74	1.752,19	1.714,99	21.632,06

Kosten für Arbeitgeber:

	Monatlich	13. Bezug	14. Bezug	Jährlich
Gehalt	2.200,00	2.200,00	2.200,00	30.800,00
SV	480,26	469,26	469,26	6.701,64
DB	99,00	99,00	99,00	1.386,00
DZ	7,92	7,92	7,92	110,88
KoSt	66,00	66,00	66,00	924,00
BV-Beitrag	33,66	33,66	33,66	471,24
Summe	2.886,84	2.875,84	2.875,84	40.393,76

Eigene Angaben als Beispiel, auf: http://www.job.at/Magazin/Gehalt/Gehaltsrechner?gclid=CM_lwfPKnrUCFcVY3godLF8ACQ (2013-02-05)

1. Wahlstation

Reichensteuer in Österreich : ja oder nein?



Schmid, R. (2006): Karikatur: Reichensteuer, auf: http://www.karikatur-cartoon.de/politik/politik107_reichensteuer.htm (2013-01-16)

Sehen Sie sich die Karikatur an, und diskutieren Sie im Team darüber. (Wer muss „Reichensteuer“ zahlen, Wer/Welche Institution legt fest, wer zahlen muss und wer nicht?) Formulieren Sie gemeinsam weitere Fragen zu diesem Cartoon.

Lesen Sie anschließend folgenden Artikel und versuchen Sie Ihre zuvor gestellten Fragen zu beantworten:

Pro- und Kontrapunkte zur Reichensteuer.

Der Standard fasst die Vor- und Nachteile der Reichensteuer zusammen

PRO

- **Krisenbewältigung** Vermögende hätten von den mit Steuergeld geschnürten Rettungspaketen für die Banken besonders profitiert, sagen die Befürworter. Statt beim Stopfen des Budgetlochs nun den Sozialstaat abzubauen, auf den vor allem Ärmere angewiesen sind, sollten die Profiteure gefälligst einen Beitrag leisten.
- **Leistungsfähigkeit** Während der Anteil der Löhne am Volkseinkommen à la longue gesunken ist, erfreuten sich Vermögen über Jahre großer Zuwächse - und auch der Krisenknick dürfte bald kompensiert sein. Zur Finanzierung des Sozialstaats tragen sie dank im internationalen Vergleich geringerer Steuern dennoch wenig bei, meinen die Kritiker, die Hauptlast liege auf den stagnierenden Einkommen der Arbeitnehmer. Von "Leistungsgerechtigkeit" könne deshalb keine Rede sein: Wer etwa reich erbe, rühre keinen Finger und zahle keinen Cent an die Finanz. Ergo: Steuern auf Arbeit runter, Vermögenssteuern rauf!
- **Verteilung** Zahlt der Mittelstand die Zeche? Unsinn, sagen die Fans der Reichensteuer. Entgegen aller Propaganda seien Vermögen massiv auf

eine Oberschicht konzentriert. Laut Nationalbank besitzt das oberste Zehntel 60 Prozent des Privatvermögens, das reichste Prozent hortet 21 Prozent der Immobilien und 27 Prozent des Geldes. Dieser exklusive Kreis könne ein bissl Solidarität schultern, ohne gleich das Weite suchen zu müssen - zumal Steuerflucht nicht so einfach sei. Wer dem Fiskus entfliehen will, muss schon mit Kind und Kegel umsiedeln, wobei sich Immobilien schwer mitnehmen lassen. Und ob Bratislava als Millionärsdomizil wirklich so attraktiv ist wie Wien?

- **Ökonomische Vernunft** Vermögenssteuern seien die konjunkturfreundlichste Variante der Budgetsanierung, weil die Reichen ihr Geld im Gegensatz zu den konsumierenden Massen ohnehin zu einem Gutteil bunkerten. Außerdem werde einer Krisenursache vorgebeugt: Schließlich hätten die enorm gewachsenen Vermögen das Spekulationskasino befeuert.
- **Gleichgewicht** Viel Vermögen lege auch viel Macht in wenige Hände, die Demokratie drohe zu erodieren. Die Deklassierten und Chancenlosen würden die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich nicht ewig devot hinnehmen - und, wie in London oder Athen, den Aufstand proben.

KONTRA

- **Etikettenschwindel** Geldsegen durch eine Reichensteuer? Eine krasse Fehlkalkulation, argwöhnen Kritiker. Werden nur Millionäre zur Kasse gebeten, bringe der Obolus viel zu wenig ein, um den Aufwand zu rechtfertigen. Sollen wirklich die verheißenen Milliarden fließen, müsse unweigerlich der Mittelstand draufzahlen - und die wirklich Reichen würden sich flugs in Steueroasen verziehen.
- **Reichenbashing** Die SPÖ schüre bloß den Neid gegen die "G'stopften", um politisches Kleingeld für kommende Wahlkämpfe zu sammeln, vermuten (schwarze) Gegner - zumal das Bild vom steuerlich verhätschelten Reichen ein Schmäh sei. Während 44 Prozent der Einkommensbezieher wegen niedriger Bezüge von der Lohn- und Einkommensteuer befreit seien, be-rappe das oberste Zehntel 60 Prozent des diesbezüglichen Steueraufkommens. Diese "Leistungsträger" sollten nicht auch noch für ihr mühselig Erspartes zusätzlich zur Kasse gegeben werden. Außerdem müssten Erträge aus Vermögen bereits jetzt ganz normal versteuert

werden, Substanzsteuern grenzten an "Enteignung".

- **Hochsteuerland** Schon jetzt betragen die vom Staat eingehobenen Steuern und Abgaben international überdurchschnittliche 43 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Jede Draufgabe verschrecke Investoren und andere Leistungswillige, behaupten die Gegner - womit Wirtschaftsaufschwung und Arbeitsplätze flöten gingen.
- **Aufgeblähte Republik** Wähle der Staat wieder einmal den bequemen Weg und zapfe eine neue Geldquelle an, sinke der Anreiz, die nötigen Struktur-reformen in Angriff zu nehmen, gegen null. Dabei fräßen die explodierenden Kosten bei Spitälern, Pensionen und Co nicht erst seit gestern die Ausgaben für die Zukunft weg - schon vor der Krise lag der Schuldenstand bei 60 Prozent des BIPs. Statt neuer Steuern zum kurzfristigen Löcherstopfen seien mutige Einschnitte gefragt.
- **Eintreiben** Laut SPÖ-Plänen sollen die Steuerpflichtigen von sich aus ihre Vermögen deklarieren. Auch Wohlmeinende halten das für eine Illusion, schließlich biete das Bankgeheimnis sicheren Schutz vor neugierigen Beamten. Vermögens-erhebungen wiederum sind aufwändig - und liefern, so meint die Finanzministerin, auf Schnüffelei in den Schmuckkasteln der Bürger hinaus.

In: Der Standard, Printausgabe von 06.09.2011, Online abgerufen auf: http://derstandard.at/1315005525984/Hintergrund-Pro-und-Kontrapunkte-zur-Reichensteuer?_artikelIndex=1 (abgerufen: 2013-01-16)

2. Wahlstation

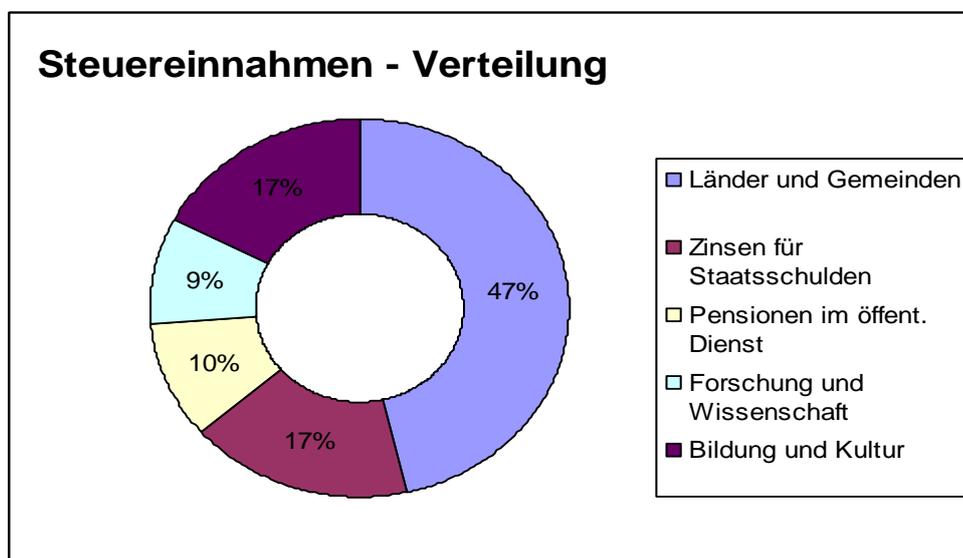
Was passiert mit meinen Steuern?

Annahme:

Herr Mayer verdient 2.000 Euro Brutto im Monat, das entspricht einem Brutto-Jahreseinkommen von 28.000 €. Das steuerpflichtige Jahreseinkommen betrug 2012 19.471 Euro. Herr Mayer hat insgesamt 2.908 Euro an Steuern (Lohnsteuer/Einkommenssteuer, SV-Beiträge, welche?) bezahlt.

Die neue Informationsinitiative des Finanzministeriums in Österreich sieht bei der Ausstellung der Steuereinnahmen eine Aufschlüsselung der Verwendungszwecke der Steuern vor.

Abb.1.: Steuereinnahmen – Verteilung (Eigene Darstellung, nach Kleine Zeitung 2012)



- 1.) Ergänzen Sie die fehlenden Begriffe und deuten Sie das Diagramm im Hinblick auf die gesellschaftliche Bedeutung.

Fast die Hälfte wird für die Unterstützung der Länder und Gemeinden abgegeben, ein Teil wird zur Tilgung von Staatsschulden bzw. in die Bildung (den Erhalt von Bildungseinrichtungen) verwendet. Nur 10 % der Steuereinnahmen werden für die Auszahlung von Pensionen im öffentlichen Dienst verwendet.

- 2.) Abgaben auf Gemeindeebene:

2.1.. Deine Eltern haben ein Haus gebaut bzw. gekauft, überlege nun, welche möglichen Abgaben an die Gemeinde zu entrichten sind?

Grundsteuer, Hausbesitzerabgaben (Wasser, Kanalgebühren, Müllabfuhr,...),

2.2. Suche die Homepage deiner Heimatgemeinde auf und vergleichen Sie die Ergebnisse mit den dort aufgelisteten Abgaben

3. Wahlstation

„Steuerlast von Jungen zu Alten verschieben“

Interview von A. Schnauder mit A. Atkinson, vom 19.10.2012, auf:

<http://derstandard.at/1350258886640/Steuerlast-von-Jungen-zu-Alten-verschieben> (abgerufen: 2013-02-05)

Jüngere entlasten: Ohne höhere Steuern - auf Kapitalgewinne und Erbschaften - wird es nicht gehen, sagt Ökonom Atkinson

Atkinson: Beide Entwicklungen sind in meinen Augen zu einem Gutteil auf die Deregulierung und Expansion des Finanzsektors mit der gesteigerten Risikobereitschaft zurückzuführen. Gleichzeitig sind in der Finanzindustrie Löhne und Gewinne - vor allem in den USA - explodiert. Wenn man sich die Daten genau ansieht, kann man aber feststellen, dass die restliche Einkommensverteilung in den zehn Jahren vor der Krise nicht ungleicher geworden ist. Das unterminiert die Auffassung, dass es einen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Finanzkrise gebe. Es geht eher um hohe Ungleichheit als steigende Ungleichheit.

Standard: Wenn die Deregulierung größter Krisenverursacher ist: Soll der Staat wieder alles regeln?

Atkinson: Vor allem in den anglosächsischen Ländern hat man sich stärker auf den Markt und weniger auf den Staat verlassen. Das hat zur Aufblähung des Finanzsektors geführt. Ein Beispiel sind die Einschnitte in den Pensionssystemen, die zu mehr privater Vorsorge via Finanzveranlagungen führten. Die Suche nach Rendite hat zur Blase an den Immobilienmärkten in vielen Ländern stark beigetragen. In Großbritannien war etwa der Boom bei Hypothekenkrediten eine Folge gestiegener privater Vorsorge.

Standard: Was ist die Alternative, wenn die Pensionssysteme wegen der Alterung der Gesellschaften nicht mehr nachhaltig sind?

Atkinson: Wir wissen nach Jahrzehnten von Umstellungen der Pensionssysteme, dass die private Vorsorge nicht zufriedenstellend funktioniert. Momentan kommen die niedrigen Zinsen dazu, die an den Ersparnissen zehren. Der Staat ist sehr wohl in der Lage, die Altersvorsorge zu finanzieren. Genau das müssen die Staaten tun und die Politiker erklären. Eine alternde Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn die arbeitende Bevölkerung höher besteuert wird. In den meisten Industriestaaten wird es ohne eine Anhebung der Abgaben um drei bis vier Prozentpunkte nicht gehen.

Standard: Gerade in Kontinentaleuropa ist das Steuerniveau schon sehr hoch. Befürchten Sie keine negativen Auswirkungen auf das Wachstum, wenn weiter an der Steuerschraube gedreht wird?

Atkinson: Es gibt wenig Anhaltspunkte dafür, dass Wachstum mit der Höhe der Steuern zusammenhängt. Ländervergleiche geben keinen Aufschluss in diese Richtung. Klar ist, dass wir auch mehr Geld für Bildung und Umwelt benötigen. Das ist eine Frage der Fairness zwischen den Generationen. Deshalb sollten bei einer höheren Besteuerung gerade die

Älteren einen Beitrag leisten. Die künftigen Generationen haben nicht mehr diese Perspektive, die wir hatten. Deshalb sollten wir die Steuerbelastung von den Jüngeren zu den Älteren verschieben. Zum Beispiel werden viele Pensionisten nicht besteuert.

Standard: In Österreich greift der Spitzensteuersatz von 50 Prozent ab 60.000 Euro. Ist man da reich?

Atkinson: Das ist eine niedrige Schwelle, in Großbritannien greift der Höchstsatz bei rund 160.000 Euro. Ich denke aber eher an Kapitaleinkommen, die im Vergleich zu Erwerbseinkommen niedrig besteuert und nicht mit Sozialbeiträgen belastet werden. Es ist zudem befremdlich, wenn Länder keine Erbschaft- und Schenkungsteuer haben. Hier geht es auch um Chancengerechtigkeit: Wer viel erbt, hat völlig andere Möglichkeiten, sei es bei Bildung oder Unternehmensgründung.

Standard: Droht bei höheren Steuern nicht Abwanderung von Leistungsträgern - siehe Frankreich?

Atkinson: Die neue Steuer in Frankreich ist tatsächlich sehr hoch. Es geht auch nicht nur um Besteuerung, sondern um Einkommenspolitik generell. Wie werden Produktivitätsgewinne verteilt? Eine gemeinsame Einkommenspolitik wäre für die Eurozone ebenso wichtig wie eine gemeinsame Finanzpolitik. In Europa ist die Beschäftigung bis Ausbruch der Krise massiv gestiegen, ohne dass sich das positiv auf die Ungleichheit ausgewirkt hätte. Denken Sie nur an die Billigjobs in Deutschland. Beschäftigung allein reicht nicht, um die sozialen Probleme zu lösen.

Anthony Atkinson (68) ist ein britischer Ökonom mit Hauptgebiet Einkommensverteilung und Steuerstruktur. Nach ihm wird der Atkinson-Index berechnet. Er forschte und lehrte in Oxford, in Cambridge und an der London School of Economics. Er sitzt im Beirat eines Projekts zum sozioökologischen Wandel, bei dem das Wifo 33 Organisationen in zwölf Ländern koordiniert.

Arbeitsaufträge:

- 1.) Lese den Text und fasse ihn mit eigenen Worten zusammen. Gehe dabei unter anderem genauer auf Widersprüche in den Aussagen von Atkinson sowie seine Lösungsansätze ein.

Einerseits merkt er an, dass das Pensionssystem wie es derzeit ist, nicht mehr lange aufrecht erhalten werden kann, jedoch schlägt er auch vor, dass Pensionisten stärker besteuert werden sollten, um Bildung und Forschung, sowie Umweltschutzmaßnahmen finanzieren zu können. Das wird wahrscheinlich den Pensionisten, die schon ihr Leben lang viele Steuern bezahlt haben, nicht gefallen.

Der Spitzenverdienersteuersatz liegt in Österreich nicht sehr hoch (möglicherweise abhängig von Regierungsparteien), in GB viel höher → aktuell Frankreich! Viele Berühmtheiten wandern aus, weil Steuersatz so hoch ist. Atkinson schlägt eine EUweite Steuerpolitik vor!

- 2.) Überlegt zur aktuellen Situation in Österreich einen eigenen Lösungsansatz und begründet diesen genauer.
- 3.) Beispiele von den USA, Frankreich und Deutschland sind kurz erwähnt. Informiert euch genauer im Internet und erstellt eine Linklist zu dieser Thematik.

Frankreich:

2012, Hollande, Frankfurter Allgemeine Zeitung: auf: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/frankreich-hollande-prueft-abstriche-an-75-prozent-steuer-11882958.html> (2013-01-16)

2012, Frankreich, Die Zeit, auf: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-07/frankreich-vermoeegensteuer-mehrwertsteuer> (2013-01-16)

Deutschland:

2012: Schuldenkrise, Frankfurter Allgemeine Zeitung: auf: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/schuldenkrise-deutschland-und-frankreich-steuern-auf-kompromiss-bei-bankenaufsicht-zu-11990780.html> (2013-01-16)

- 4.) Spielt zur „Steuerbelastung“ in Österreich folgendes Szenario durch:

Welche Folgen hat das für die Bevölkerung (arbeitende Bevölkerung, Pensionisten, Kinder u. Jugendliche)

- 4.1. Planwirtschaft und autoritärer Staat

unzufrieden, weil keine Individualität bei Berufswahl, Angebot und Nachfrage sind vom Staat geregelt → Preis ebenfalls. Das heißt Steuern, die eingerechnet werden, sind für den Einzelnen leistbar. Jedoch Pensionisten haben keine Möglichkeit des „Betreuten Wohnens“, weil nicht genügend Steuereinnahmen dafür vorhanden sind, um so ein Sozialsystem, wie wir es momentan kennen, aufrecht zu erhalten. Kinderbetreuungsplätze sind stark begrenzt, Kindergeld und sonstige Zuschüsse bei Schulausflügen etc. sind ebenfalls gestrichen.

3.) Sicherungsphase:

Die Aufgaben der Pflichtstation sowie zwei der Wahlstationen sind anschließend der Lehrperson abzugeben bzw. in eine Portfoliomappe einzuordnen. Werden kontrolliert und den S/S zum Lernen zurückgegeben.

Kompetenzorientierte Maturaufgabe:

Fekter will die Steuerkuh lieber melken statt schlachten

Nach VP-Klubchef Karlheinz Kopf legt nun auch die schwarze Finanzministerin Maria Fekter in der Debatte um eine Steuerreform wieder einen Gang zu.

Details schwarzer Reformpläne nannte zwar auch sie bei einem Hintergrundgespräch Donnerstagabend nicht – doch die Marschrichtung machte die Finanzministerin klar: „Wir langen derzeit mit dem Spitzensteuersatz schon im Mittelstand kräftig zu“, sagte Fekter. Zudem warnte sie erneut davor „gute Steuerzahler“ zu vertreiben.

Derzeit zahlt, wer mehr als 5750 Euro brutto im Monat verdient, die Hälfte davon an den Staat. Nicht nur, dass das für Fekter „nicht gleich die Reichsten sind“, auch dass ein großer Teil der Steuern in Zinszahlungen fließt (Details siehe Grafik) findet sie „nicht so gut“.

Aufmunitioniert mit Zahlen wandte sich die Finanzministerin neuerlich gegen SP-Pläne für Vermögenssteuern: Diese wären „das Schlachten der Kuh, die man melken möchte“, sagte die Ministerin. Immerhin zahlten schon jetzt zehn Prozent der Lohnsteuerpflichtigen die Hälfte des gesamten Steueraufkommens, bei den Unternehmen seien es gar nur 2,5 Prozent, die satte drei Viertel des gesamten Körperschaftssteuervolumens ablieferten.

„Nicht einmal antasten“ will Fekter deshalb auch die Gruppenbesteuerung für Unternehmen: Damit hätte sich Österreich einen Wettbewerbsvorteil geschaffen, den es zu erhalten gelte.

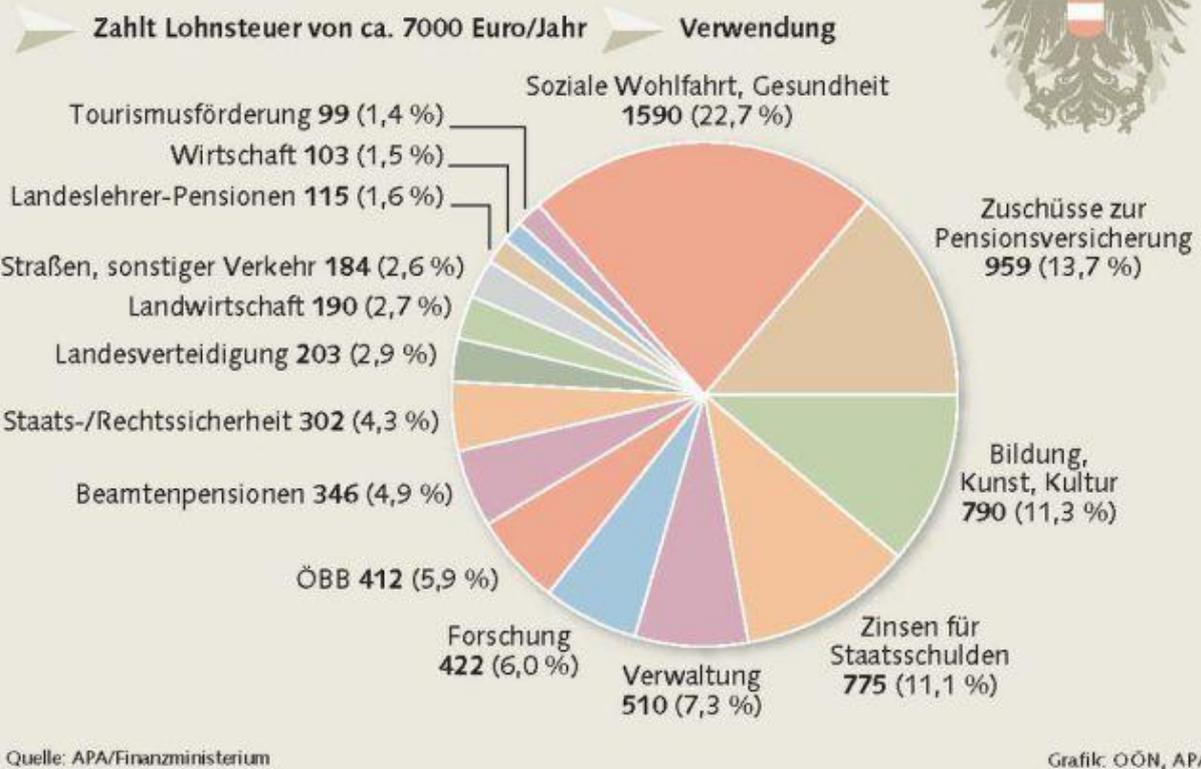
Grundsteuer Ländersache

Festhalten will Fekter dagegen an ihren Plänen, die Einhebung der Grundsteuer den Ländern zu überantworten, und zwar schon ab dem nächsten Finanzausgleich. Ebenfalls den Ländern überlassen will sie die Entscheidung über die Einführung einer Umwidmungsabgabe für Grundstücke.

Artikel von Jasmin Bürger, erschienen am 24. Mai 2011, Fekter will die Steuerkuh lieber melken statt schlachten, in den OÖNachrichten, auf: <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/Fekter-will-die-Steuerkuh-lieber-melken-statt-schlachten;art385,719762> (2013-01-16)

Verwendung der Steuergelder

Beispiel: Arbeitnehmer mit Bruttoverdienst 3000 Euro/Monat



Bürger; J. (2011): Fekter will die Steuerkuh melken statt schlachten, in: OÖ-Nachrichten, auf:

<http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/Fekter-will-die-Steuerkuh-lieber-melken-statt-schlachten;art385>

.719762_B (2013-01-16), Graphik zur Verwendung der Steuergelder.

Arbeitsaufträge:

- 1.) Fassen Sie den Artikel in eigenen Worten zusammen. (AFB I)
- 2.) Kommentieren Sie die Graphik und erörtern Sie, ob diese Verteilung gerechtfertigt ist, wie sie Ihrer Meinung nach anders/besser für die gesamte Situation in Österreich aussehen könnte. (AFB II)

Hoher Steuersatz für Mittelverdiener, Unternehmen werden einheitlich besteuert → Wettbewerbsvorteil; Jedoch ist Bruttomonatsgehalt mit knapp 5800 Euro sehr hoch angesetzt, und trotzdem ist hier die Rede davon, dass das nicht unbedingt schon „Spitzenverdiener“ seien! Fraglich ist hier, welche Berufsgruppen über so ein Einkommen verfügen – die Teilzeitkassiererin im Supermarkt sicher nicht.

- 3.) Wie positioniert sich die Finanzministerin Fekter zu einer weiteren Steuerbelastung für Unternehmen? Nehmen Sie dazu Stellung und argumentieren Sie dabei aus der Sicht eines: (AFB II-III)

3.1. Unternehmers

Für U. natürlich von Vorteil, das Steuerbelastung nicht so hoch ist, da so mehr in die Werbung, Entwicklung gesteckt werden muss. Außerdem muss sowieso das Unternehmen als Arbeitgeber einen Anteil an der Lohnsteuer leisten, diese muss an den Staat abgeführt werden.

Weiterer Vorteil für U. ist der Vorsteuerabzug bei Einkäufen und ähnlichem. Diese Vorsteuer kann sich das U. am Jahresende wieder vom Staat zurückholen. (hängt jedoch von Unternehmensform ab!!!)

3.2. Arbeiters mit Familie inkl. Haus und 2 Autos – (Pendler)

Aus der Sicht eines Arbeiters, der seine Familie ernähren muss, gewisse Investitionen (inkl. Umsatzsteuer!) und Anschaffungen für Haus und Auto hat, ist dies eher weniger nachzuvollziehen. Wahrscheinlich denkt sich die Politik, dass die Arbeiterinnen die größere Masse sind als Unternehmen, und daher scheint es vielen Politikern sinnvoll die Masse höher zu besteuern als Unternehmen – je nach wirtschaftlicher Größe – ebenfalls unterschiedlich zu besteuern.